



Interview mit James K. Boyce (PERI) über bedingungsloses Grundeinkommen

Notiz: Diese Abschrift ist möglicherweise nicht 100% übertragbar.

Kim Brown TRNN: Willkommen bei The Real News Network. Ich bin Kim Brown aus Baltimore. In jüngster Zeit nahmen die Diskussionen über die mögliche Einführung eines garantierten, monatlichen Grundeinkommens für alle Amerikaner zu. Dies ist eine relativ alte Idee, die Befürworter aus dem gesamten politischen Spektrum gefunden hat. Von Konservativen und Liberalen sowie Republikanern und Demokraten, in einer Zeit, in der Übereinstimmungen beider Parteien eine Seltenheit sind. Doch die Frage bleibt: wie soll man solch ein relativ teures Programm finanzieren?

Über all dies sprechen wir mit James Boyce vom Political Economic Research Institute an der Universität von Massachusetts in Amherst. Er schrieb kürzlich mit Peter Barnes einen Beitrag für die Website Triple Crisis mit dem Titel: *\$200 a month for everyone? Universal Income from Universal Assets*. James, danke für Ihre Teilnahme.

James Boyce: Danke für die Einladung.

Kim Brown: James, was ist das allgemeine Grundeinkommen?

James Boyce: Nun die Grundidee ist, dass Menschen eine bestimmte Menge an Geld als garantierte Einnahmequelle erhalten sollten. Sie sollte an jeden Mann, jede Frau und jedes Kind ausgezahlt werden. Sie könnte monatlich gezahlt werden, vierteljährlich oder sogar jährlich, aber wahrscheinlich ist monatlich die beste Lösung; in einem Land wie den Vereinigten Staaten würde das in erster Linie über elektronische Transfers auf Bankkonten oder Kreditkarten gehandhabt, so wie die meisten Zahlungen des Bundes an Einzelpersonen. Soziale Sicherheit, Veteranenvorteile, etc. werden heutzutage alle auf elektronischem Wege erledigt. Das ist also die grundlegende Idee.

Kim Brown: Warum ist das Thema zur Zeit in aller Munde und vor allem: was sind die Hindernisse für die Durchsetzung eines garantierten Einkommens für alle?

James Boyce: Die Idee stellt für viele Menschen, einschließlich einiger unserer politischen Führer, einen großen Anreiz dar, deshalb sprechen die Leute darüber. Die konservative Seite des politischen Spektrums findet Gefallen daran, weil sie die Möglichkeiten der föderalen Unterstützung für Privatpersonen und Haushalte vereinfachen möchte, um sich von den manchmal byzantinischen bürokratischen Verfahren, die wir derzeit haben, zu befreien.

Auch die Prüfung der Mittel der jeweiligen Haushalte, um herauszufinden, wer Leistungsberechtigt ist und wer nicht, bedeutet aktuell großen administrativen Aufwand. Wie soziale Sicherheit oder Gesundheitsversorgung ist auch das Grundeinkommen universell. Es steht jedem zur Verfügung. Weil es universell ist und in Bargeld bereitgestellt wird, wird die staatliche Bevormundung vermieden, die manchmal vor allem von Konservativen angeprangert wird.

Am liberalen Ende des Spektrums entspringt der zunehmende Anreiz der Erkenntnis, dass Arbeitsplätze der Mittelschicht nicht mehr wirklich genug zahlen, um für viele Familien einen sicheren Lebensunterhalt zu gewährleisten. Dies, gepaart mit der Erkenntnis, dass die Einkommensungleichheit im ganzen Land zugenommen hat, führte dazu, dass nach neuen Ideen gesucht wird, um das Spielfeld zumindest in einem gewissen Ausmaß zu ebnen und die Haushalte angesichts der unsicheren und manchmal trägen Arbeitsnachfrage zu unterstützen.

Kim Brown: James, wie löst man das erste Problem: die Finanzierung des Ganzen?

James Boyce: Das ist natürlich der größte Stolperstein. Es gibt viel politischen Widerstand in den Vereinigten Staaten, gegen die Idee der Besteuerung vor allem, wenn sie der Umverteilung dient. Also haben wir auf der einen Seite den Anreiz des universellen Grundeinkommens, und auf der anderen das Gegenteil: den Widerstand gegen die Idee der Besteuerung für diesen Zweck.

Was Peter Barnes und ich in dem von Ihnen erwähnten Artikel vorschlagen, ist eine andere Art der Finanzierung des universellen Grundeinkommens. Finanzierung durch das, was wir universelles Grundvermögen nennen. Das heißt, Formen von Reichtum, die wir alle gleichermaßen besitzen, in wahrhaft gleichem und gemeinsamem Ausmaß, die aber derzeit kein Einkommen abwerfen, weil wir für die Verwendung dieses Vermögens, für die Nutzung dieser Vermögenswerte keine Gebühr verlangen.

Zwei Beispiele: Der Raum, den wir in der Atmosphäre haben, um verschiedene Formen der Verschmutzung aufzunehmen – Treibhausgase und Kohlenstoffemissionen, die Hauptquelle des globalen Klimawandels – ist begrenzt. Viele Leute in der Ökonomie- und Umweltpolitik empfehlen, dass wir Kohlendioxid-Emissionen besteuern als Anreiz, unseren Kohlenstoffverbrauch zu verringern und Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare saubere Energie etc. zu erhöhen.

Das wirft die Frage auf, was mit dem Geld geschieht. Wenn wir einen Preis auf diese Emissionen erheben, was letztlich den Preis für Benzin und Strom usw. erhöht, wer erhält dann das Geld? Wir schlagen vor, dass das Geld an die Menschen, an die Öffentlichkeit gehen sollte, nicht an die Regierung. Es sollte im Zuge des Emissionshandels mit Obergrenzen nicht als Marktlagengewinn an die Umweltverschmutzer gehen, welche dadurch kostenlose Genehmigungen erhalten und untereinander handeln können.

Stattdessen sollte es entweder ein Auktionssystem für Genehmigungen oder eine Obergrenze bzw. Steuer mit klaren Zielen für Emissionsreduktionen geben, die zu automatischen Steuererhöhungen führen, wenn diese Ziele nicht erreicht werden.

Das Geld, das eingenommen wird, sollte dem amerikanischen Volk zugute kommen, in Form von gleichen Pro-Kopf-Dividenden basierend auf dem Grundsatz, dass dieses Land, mit seiner begrenzten Kapazität für Kohlenstoffaufnahme und unser Anteil an der Umwelt in gleichem Maße unser aller Besitz ist. Wir sind die rechtmäßigen Eigentümer. Wir sollten das Einkommen aus der Nutzung dieses Wohlstands erhalten, so würde das System die Menschen entsprechend der Nutzung dieses Kohlenstoffspeichers bezahlen und wir würden das Geld auf der Grundlage von gemeinsamem Besitz erhalten.

Ein zweites Beispiel, und ich versuche mich hier kürzer zu fassen, ist die finanzielle und rechtliche Infrastruktur, die dazu beiträgt, unsere Wirtschaft zu untermauern. Das ist kein natürlicher Wohlstand. In diesem Fall ist es sozial geschaffener Wohlstand. Aber dieser Wohlstand ist das, was die Möglichkeit der Menschen untermauert, ein Vermögen in unserem Land zu machen und einige Leute, die ein großes Vermögen gemacht haben wie Warren Buffet, haben das explizit anerkannt.

Wir glauben, die Gebührenerhebung für die Nutzung dieser Infrastruktur, beispielsweise durch eine bescheidene Gebühr für Finanztransaktionen, könnte wiederum positive Auswirkungen auf die Stabilisierung der Finanzmärkte haben, aber es könnte auch das Einkommen generieren, das verwendet würde, um allen im Land ein universelles Grundeinkommen zu bieten.

Kim Brown: James, sieht man das nicht bereits in einigen der Golfstaaten des Nahen Ostens, in denen Bürger eine Art Dividende aus dem Verkauf von Öl und Gas erhalten und hat Alaska nicht auch etwas Ähnliches? Offensichtlich geht das in eine andere Richtung, basiert aber auf der gleichen Prämisse, dass nämlich jeder Bürger im jeweiligen Land einen Scheck vom Staat erhält aufgrund des Geldes, das aus den natürlichen Ressourcen des Landes gewonnen wurde?

James Boyce: Das ist richtig. Wir müssen nicht nach Übersee schauen, um dies zu finden. Wir müssen nur nach Alaska schauen, was übrigens, wie Sie wissen, ein Red State ist. Alaska bezeugt die breite politische Anziehungskraft einer solchen Politik. Als Alaska anfang ÖL zu pumpen, schlug der republikanische Gouverneur Jay Hammond vor, einen Dauerfonds zu schaffen, in den der Gewinn aus Alaskas Ölreserven fließen sollte. Unter anderem, zahlt der Fonds jeder Frau, jedem Mann und jedem Kind im Staat Alaska eine jährliche Dividende, einen Anteil an der Ölgewinnung, basierend auf dem Grundsatz, dass dieses Öl allen Einwohnern von Alaska gehört.

Das ist keine Zauberei. Falls Ihre Zuschauer interessiert sind, sollten sie „Alaska Permanent Fund“ googlen. Sie können auf die Website gehen und das PDF-Formular sehen, das die Einwohner Alaskas ausfüllen, um sich für ihre Dividende zu qualifizieren. Die höchste Auszahlung, die etwa \$ 2.000 pro Person pro Jahr betrug, gab es vor ein paar Jahren unter Gouverneur Sarah Palin. Dies ist ein beliebtes Programm unter den Einwohnern Alaskas, und zwar über das gesamte politische Spektrum.

Nun gibt es einen Unterschied zwischen dem Alaska Permanent Fund und dem, was Peter Barnes und ich in Bezug auf die CO₂-Emissionen vorschlagen, und das ist folgender: Der Alaska Permanent Fund, gibt den Menschen Anreize, mehr Öl zu extrahieren. Er ist einer der Gründe, warum Ölförderung in Alaska beliebt ist. Er bietet Einnahmen und Einkommen für alle, nicht nur für die Menschen, die in der Industrie tätig sind, sondern dank der Dividenden aus dem Dauerkapital für jeden. Das ist also ein Anreiz, mehr Öl zu extrahieren. Dagegen ist eine Steuer für CO₂-Emissionen ein Anreiz, weniger Öl und weniger Kohle und Erdgas zu verbrennen, weil es teuer wird.

Das Geld stammt in diesem Fall also nicht aus verstärkter Ölförderung sondern verminderter Verbrennung. Weil Preise schneller steigen als Emissionen reduziert würden, ergibt sich: Je niedriger die Obergrenze, je höher der Preis für die Emissionen, desto mehr Geld wird es geben, das an die Menschen verteilt werden kann. In einem solchen System würde das amerikanische Volk strengere Obergrenzen fordern, höhere Steuern auf Kohlenstoff, weil das mehr Geld in der eigenen Taschen bedeuten würde.

Kim Brown: Entzieht das den Menschen nicht den Anreiz, arbeiten zu gehen? Sie wissen schon: wenn Leute jeden Monat einen Scheck bekommen. Einige Konservative kritisieren das am sogenannten Nanny State. Wäre dies nicht im Grunde die Schaffung eines solchen Nanny States?

James Boyce: Überhaupt nicht. Dennoch ist das eine wirklich gute Frage, denn sie kommt regelmäßig auf. Wir sprechen hier nicht von einem Nanny Staat. Wir sprechen hier auch nicht über Almosen oder Geschenke. Wir sprechen lediglich darüber, Geld an die Menschen zurückzugeben, das aus der Nutzung von Vermögenswerten kommt, die wir alle besitzen oder gemeinsam besitzen sollten. Es geht also nicht darum, Geld umsonst zu verteilen.

Es geht darum, nicht zuzulassen, dass Menschen diese Vermögenswerte kostenlos nutzen. Das sind die richtigen Almosen. Wenn Menschen unsere Atmosphäre kostenlos nutzen können, wenn die Menschen unsere finanzielle und rechtliche Infrastruktur nutzen können, die wir gemeinsam ohne Kosten geschaffen haben, entgehen uns Einnahmen. Wir sind es, die Almosen verteilen. Hier geht es um Pay as you go, was Teil der amerikanischen Lebensart ist.

Was die Arbeitsanreize betrifft: Sehen Sie, die Geldmenge wird nicht so groß sein, dass die Menschen keinen Anreiz mehr haben werden zu arbeiten, um einen besseren Lebensstandard für sich selbst und ihre Familien zu bieten. In unserem Vorschlag reden wir von vielleicht \$ 200 pro Person im Monat. Das sind also \$1200 pro Jahr. Für eine 4-köpfige Familie macht das etwa \$5,000. Das ist nicht zu verachten. Es ist echtes Geld. Es ist eine große Hilfe für manche Familien, aber es ist nicht so viel, dass die Menschen nicht mehr arbeiten werden.

Nun könnte es in der Tat sein, dass einige Leute keiner Arbeit mehr nachgehen müssten, die sie wirklich hassen zumindest nicht zu dem Lohn den sie aktuell erhalten. Das wäre eine gute Sache. Es könnte auch sein, dass einige Leute in die Lage versetzt werden, Arbeit zu verrichten, die sie wirklich lieben, auch wenn sie nicht so hoch bezahlt werden und das ist auch gut so.

Kim Brown: In der Tat sind \$ 200 pro Monat kaum ein Anreiz dafür, die Arbeit gänzlich aufzugeben, da es nicht einmal für die Miete ausreichen würde. Aber wie sollte ein solches Programm gestaltet werden, um wirkliche Auswirkungen zu haben, ohne die Wirtschaft zu belasten?

James Boyce: Nun, die Wirtschaft wird nicht wirklich belastet, weil das Geld, das ausgezahlt wird, für die Nutzung von Vermögenswerten bezahlt wird, die wir bereits haben. Ich behaupte, das Gegenteil einer wirtschaftlicher Belastung wird eintreten. Zahlungen für die Nutzung dieser Dinge wird unsere Wirtschaft gesünder machen, weil das Grundprinzip einer marktorientierten Wirtschaft darauf basiert, dass der Preis den Wert widerspiegelt. Preise spiegeln wider, was Dinge wert sind.

Und wenn wir z. B. keinen Preis für die Treibhausgasverschmutzung in unsere Atmosphäre verlagern, senden wir kein Preissignal und riskieren, dass diese Ressource – die Atmosphäre – zerstört wird. Wir versäumen es nicht nur das einzunehmen, was aus der Nutzung einer Ressource anfällt, die wir alle gemeinsam besitzen, sondern erleichtern auch den Missbrauch dieser Ressource

Ähnlich ist es mit finanziellen Transaktionsgebühren. Eine bescheidene Gebühr zu verlangen für Finanztransaktionen, für den Verkauf von Derivaten und Aktien und so weiter. Der Geldbetrag, der gesammelt wird, könnte ziemlich erheblich sein, mehr als die sehr bescheidenen Berechnungen, die wir in unserem Beitrag gemacht haben. Aber die Wirkung dessen würde der Wirtschaft nicht wirklich schaden.

Der Effekt wäre im Gegenteil die Reduzierung der Unbeständigkeit der Finanzmärkte, die die Wirtschaft tatsächlich destabilisieren und einige wirklich ungünstige Auswirkungen haben kann. Die Arten auf die wir Geld beschaffen würden, sind Arten, die unsere Wirtschaft stärken und nicht schwächen würden.

Kim Brown: James, Sie sind Ökonom, Sie haben die Zahlen durchgerechnet. Wie viel Geld müsste aufgebracht werden, um für all dies aufkommen zu können?

James Boyce: Wir haben in unserem Beitrag \$ 200 pro Monat und Person gewählt, zum Teil einfach aus Bequemlichkeit, da es der Summe entspricht, die man bei Monopoly erhält, wenn man über Los geht und die sicherstellt, dass Leute im Spiel bleiben. Um \$ 200 pro Monat oder \$ 1.200 pro Jahr für eine Bevölkerung von etwas mehr als 300 Millionen Menschen in den Vereinigten Staaten zu generieren, wären etwa 300 Milliarden Dollar pro Jahr nötig.

Das ist viel Geld. Es ist Geld, das wir durch die Arten von Nutzungsgebühren erhalten könnten, die ich beschrieben habe. Durch die Besteuerung von CO₂-Emissionen und Finanztransaktionen und ähnliche Maßnahmen. Durch eine Steuer für die Nutzung öffentlicher Ressourcen, unserer

öffentlichen Wälder und Flächen, die jetzt für die Waldrodung und die Gewinnung von Mineralien verwendet werden. Oft sind die Preise für diese Ressourcen ziemlich niedrig, was ich als „Sweetheart“-Geschäfte zwischen den extrahierenden Unternehmen und der Regierung beschreiben würde. Durch die Berechnung des realen Wertes dieser Ressourcen, könnten wir Geld generieren.

Ich halte es also nicht für unmöglich, Einkommen zu generieren, die hoch genug sind, um allen Amerikanern ein Grundeinkommen zu sichern. Ich denke, wir könnten es schaffen. Es geht nur darum, unsere politischen Führer zum Handeln zu bewegen. Sozusagen unseren Worten ihre Taten folgen zu lassen. Fredrick Douglass sagte einmal, dass Macht keine Zugeständnisse macht, ohne Forderung zu stellen. Das hat sie nie und wird sie nie. Ich denke, das stimmt.

Wenn wir diese Idee verwirklichen wollen, eine Idee, die breite Unterstützung über das politische Spektrum erfährt, und zwar in einer Zeit, in der so etwas ungewöhnlich ist und in der wir Ideen und Maßnahmen brauchen, die uns verbinden und nicht spalten, müssen wir zusammenkommen. Wir müssen zusammenkommen und fordern, dass unsere Vertreter im Kongress auf beiden Seiten die Gesetze verabschieden, die ein universelles Grundeinkommen aus unserem gemeinsamen Eigentum am universellen Grundvermögen schaffen würden.

Kim Brown: Wenn Sie Ökonomie konzeptionieren wollen, können Sie mit dem Monopoly-Vergleich nicht fehlschlagen.

Das war James Boyce vom Political Economic Research Institute an der Universität von Massachusetts in Amherst. Sie sollten sich den Beitrag ansehen, den er gemeinsam mit Peter Barnes geschrieben hat. Er erschien auf der Triple Crisis Website und heißt *\$200 a month for everyone? Universal Income from Universal Assets*. James wir wissen ihre Zeit zu schätzen. Vielen Dank.

James Boyce: Es war mir ein Vergnügen.

Kim Brown: Gleichfalls. Danke fürs Einschalten.